Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 38 – Frühförderung in Schleswig-Holstein

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 435.06 / 13.10.06

Chance vertan – Landesregierung ahnungslos über Praxis der Frühförderung

Ich danke der Landesregierung für den ersten Teil des vorgelegten Berichtes. Der Bericht stellt dar, was sich seit und durch das Inkrafttreten des Sozialgesetzbuches IX verändert hat. Die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen für die frühe Förderung von Kindern, die behindert oder von Behinderung bedroht sind, werden klar aufgezeigt. Dabei ist ein entscheidender Punkt, dass Frühförderung als Komplexleistung gesehen wird. In den neuen interdisziplinären Frühförderstellen sollen sowohl medizinische als auch heilpädagogische Leistungen erbracht werden.

Ziel ist es, die Angebote für Familien einfacher und transparenter zu gestalten und den Verschiebeparkplatz zwischen den Kostenträgern zu beenden. Leider ist dieses Ziel in Schleswig-Holstein noch nicht umgesetzt. Deshalb begrüßen wir, dass die Landesregierung auf die Vertragsparteien einwirkt, damit die zwingend notwendigen Rahmenempfehlungen endlich verabschiedet werden. Eltern und Träger warten dringend darauf, dass vor Ort Hilfe aus einer Hand gewährt wird.

Enttäuschend ist, dass die Landesregierung den zweiten Teil unseres Berichtsantrages schlicht nicht beantwortet hat. Die Landesregierung hat keine Kenntnisse über die Praxis der Frühförderung in Schleswig-Holstein, und sie beabsichtigt auch nicht, diese einzuholen.

Die Landesregierung hat angekündigt, ein Gesamtkonzept für Menschen mit Behinderung als einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt zu setzen. Im Sozialausschuss waren wir uns einig, dass hierbei auch zügig die frühe Förderung von Kindern beleuchtet werden muss. Aber wie wollen wir ein Konzept diskutieren, wie sollen wir Entscheidungen treffen, wenn wir nicht einmal im Ansatz wissen, wie die praktische Situation für Familien mit von Behinderung betroffenen Kindern aussieht? Auch der neue „Gemeinsame Ausschuss“, in dem sowohl das Land als auch die Kreise und kreisfreien Städte vertreten sind, muss doch wissen, wie es vor Ort läuft.

1/2

Denn er soll für eine einheitliche Handhabung der Gewährung von stationären und ambulanten Leistungen der Eingliederungshilfe in Schleswig-Holstein sorgen. Wie will man das ohne belastbare Zahlen und praktische Erkenntnisse machen?

Wenn sich die Kommunalen Landesverbände auf Grund ihrer Arbeitskapazitäten nicht in der Lage sehen, innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit einen Überblick zu liefern – so die Begründung im Bericht - dann müssen wir ihnen mehr Zeit geben.

Frau Ministerin Trauernicht, es ist ein übliches parlamentarisches Verfahren, die antragstellende Fraktion um mehr Zeit zu bitten, wenn die Erstellung eines Berichtes dieses erfordert. Warum haben Sie nicht gefragt? Wir hätten dem selbstverständlich zugestimmt. So aber haben wir nichts! Wir wissen schlicht nicht, ob die Frühförderung in Schleswig-Holstein funktioniert, ob Eltern und Kinder vor Ort die Hilfe erhalten, die sie brauchen.

Unterstützung, die in den ersten Lebensjahren eines Kindes versäumt wird, kann später kaum noch ausgeglichen werden, Dies kommt dem Land letztendlich teuer zu stehen – in der Schule, in der Jugendhilfe, auf dem Arbeitsmarkt.

Aufgrund der finanziellen Situation haben Kommunen teilweise damit begonnen, den Anspruch auf Frühförderung stark einzuschränken. Im Kreis Segeberg wurden zeitweise Eltern, die mit ihren Kindern Hilfe suchten, abgeschreckt, statt ihnen zu helfen. Auch aus anderen Kreisen wird von ErzieherInnen in Kindertagesstätten berichtet, dass dringend benötigte Hilfe nicht mehr gewährt wird.

Die FDP-Fraktion hat bereits im letzten Jahr eine Gesamtplanung für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein gefordert. CDU und SPD haben eine Planung abgelehnt, mit dem Argument, dass dies bereits Arbeitsschwerpunkt der Regierung sei. Diese Aussage zweifle ich nach dem heute vorgelegten Bericht an. Eine Landesregierung, die an einem Gesamtkonzept für Menschen mit Behinderungen arbeitet, hätte ein hohes Interesse daran haben müssen, den Ist-Stand der Frühförderung zu erfassen.

Diese Chance hat die Landesregierung vertan. Kein gutes Signal für Menschen mit Behinderung in unserem Land.